

Gespräch mit Pascal Hampel von der Jungen Union über Selbstverpflichtung, Jugendarbeit und Entscheidungswege

Politische Entscheidungen transparenter machen

Fürstenau. Die Junge Union in der Samtgemeinde Fürstenau ist in der Kommunalpolitik angekommen. Johannes Selker hat zwei Mandate im Samtgemeinde- und Stadtrat gewonnen, Pascal Hampel sitzt im Fürstenauer Stadtrat und hat gleich den Vorsitz des Finanzausschusses übernommen. In einem Gespräch erläuterte der Vorsitzende der Jungen Union seine politischen Ziele.

Herr Hampel, die Verwaltung hat den Haushalt der Stadt im Rat vorgestellt. Nun ist die Kommunalpolitik am Zuge. Haben Sie eine Idee, wie die Kommune aus den roten Zahlen herauskommen kann?

Das wird schwer. Das wissen wir alle. Aber wir von der Jungen Union wünschen uns, dass der Rat die Selbstverpflichtung eingeht, keine neuen Schulden zu machen und die alten Schulden Schritt für Schritt zurückzufahren. Ein Bekenntnis dazu halten wir für wichtig – auch damit künftige Räte vielleicht wieder mehr finanzielle Möglichkeiten haben. Wir wissen natürlich, dass viele Sparpotenziale schon ausgeschöpft und die Spielräume deshalb begrenzt sind. Aber wir könnten beispielsweise schauen, ob es möglich ist, in Zusammenarbeit mit anderen Kommunen Synergieeffekte zu erzielen, indem zum Beispiel bestimmte Aufgaben nicht doppelt gemacht, sondern gebündelt werden. Wo wir übrigens nicht den Rotstift ansetzen würden, ist die Jugend- und Bildungsarbeit.

Sie meinen zum Beispiel die Stelle für einen Streetworker?

Genau. Die Samtgemeinde hat ja beschlossen, einen Streetworker oder Jugendpfleger einzustellen. Der wird wichtig sein. Es geht dabei aber nicht darum, dass er bestimmte Jugendgruppen kontrolliert. Er soll vielmehr aufsuchende Jugendarbeit betreiben, um zum Beispiel herauszufinden, welche Wünsche Jugendliche haben. Ein Stichwort ist hier die fehlende Disco in Fürstenau. Da gibt es Bedarf. Wenn es der Stadt gelänge, jemanden zu finden, der bereit ist, eine Immobilie zu vermieten, ließe sich bestimmt auch ein Betreiber finden.



Pascal Hampel Foto: privat

Ein weiteres Thema, das kein Geld kostet, ist die Transparenz der Ratsarbeit. Das haben Sie sich ja ebenfalls auf die politische Fahne geschrieben.

Ja. Wir halten es für enorm wichtig, dass wir die Bürger auf den Weg zu den politischen Entscheidungen mitnehmen. Wir – die Junge Union – haben deshalb einen Arbeitskreis gegründet, um zu überlegen, wie das am besten möglich ist. Die Bürger sollen auf jeden Fall merken, dass sie auch in der Verantwortung stehen, mitreden können und auch sollen. Dazu wird es sicher notwendig sein, die Menschen früh zu informieren – vielleicht auch auf anderen Wegen als bisher. Dann werden die Entscheidungen, die sicher nicht immer allen gefallen werden, zumindest nachvollziehbar.

Erschienen am 16. Januar 2012 im Bersenbrücker Kreisblatt

Politische Entscheidungen müssen sich nicht verstecken!

Die Einführung eines Bürgerinformationssystems birgt die Möglichkeit für jede Bürgerin und jeden Bürger sich zeitnah und umfassend eine Meinung zu bilden.

Bad Essen. Nach § 64 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes sind die Sitzungen des Gemeinderates und seiner Fachausschüsse grundsätzlich öffentlich. Jeder ist als Zuhörer herzlich Willkommen und kann die aktuellen Beratungen in den kommunalen Gremien verfolgen. Jedoch kann davon nicht jeder regelmäßig Gebrauch machen und muss daher auf diesen Aspekt der Teilhabe verzichten.

Der Gemeinderat hat die Möglichkeit dies zu ändern und die öffentliche Meinungsbildung zu fördern. Eine Veröffentlichung der Ergebnisprotokolle der Ausschüsse im Internetauftritt der Gemeinde würde es möglich machen, dass alle Bürger sich schnell und jederzeit über aktuelle Themen der Gemeindepolitik informieren kann. Die Gemeinde Bad Essen würde damit anderen Erfolgsmodellen folgen.

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen schreibt dazu auf seinem Internetauftritt:
„In einer Vielzahl niedersächsischer Kommunen werden mittlerweile automatisierte Rats- oder Kreistagsinformationssysteme eingesetzt, ... die den ehrenamtlichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern und den Bürgerinnen und Bürgern Gelegenheit geben, sich zeitnah über die in den kommunalen Gremien zur Beratung oder Beschlussfassung anstehenden Themen zu informieren.“

Nach unseren Vorstellungen kann dieser Weg mit vorhandenen Mitteln der Verwaltung und wenig konzeptioneller Anstrengung für mehr Transparenz der politischen Arbeit unserer politischen Vertreter sorgen. Wir, die Junge Union Bad Essen, schlagen daher vor auf der Homepage der Gemeinde Bad Essen (www.badessen.de) zwischen Stadtplan und Blütenmeer die Protokolle der Rats- und Fachausschusssitzungen zu veröffentlichen

Die Junge Union Bad Essen fordert den Gemeinderat dazu auf, die Einführung eines Ratsinformationssystems zu beschließen, um den Einwohnern eine einwandfreie Information über die Ratssitzungen zu ermöglichen!

Erschienen am 18. Januar 2012 im ELK - Blatt

Mit dem Kopf durch die Wand ? Rückblick auf die vergangene Ratssitzung

Bohmte. "Den Wechsel wählen". So lautete das Wahlkampfmotto der SPD für die Kommunalwahl 2011. Diese Botschaft hat die Bohmter Bürger scheinbar erreicht und der SPD gemeinsam mit den Grünen eine Mehrheit im Gemeinderat beschert. Was dieser "Wechsel" der Gemeinde bringt wird jedoch jetzt erst deutlich.

Dass nun alle umstrittenen Entscheidungen der vorangegangenen Schwarz/Gelben-Mehrheit neu verhandelt werden, ist ganz natürlich und kann durchaus positive Auswirkungen haben. Daran ist nichts verwerflich. Was hingegen negativ auffällt, ist die Art und Weise, wie dies geschieht.

Überhastet. Unüberlegt. Engstirnig.

Drei Attribute mit denen sich die Vorgehensweise der SPD auf den Punkt bringen lässt. Alle von der SPD eingebrachten Anträge wurden mit der „neuen Mehrheit“ durchgebracht, dabei mangelte es jedoch an wirklich durchdachten Konzepten.

Das beste Beispiel hierfür ist sicherlich das Aufheben der Straßenausbaubeitragssatzung, die Anwohner bei der Sanierung von Straßen an den anfallenden Kosten beteiligt hat. Dieses Vorgehen sei zu ungerecht, deshalb soll die Gemeinde nun die gesamten Kosten übernehmen. Das sollte die Bohmter zunächst einmal freuen, denn wer kriegt nicht gerne etwas geschenkt. Betrachtet man jedoch den Haushalt der Gemeinde Bohmte, der jährlich ein Defizit von über einer Million Euro aufweist und unter genauer Beobachtung der Kommunalaufsichtsbehörde steht, sollte die anfängliche Freude blankem Entsetzen weichen. Die entstehenden Mehrausgaben reißen nicht nur zusätzliche Löcher in den Haushalt, sondern lassen sich auch nur schwer rechtfertigen. Dies könnte zur Folge haben, dass die Gemeinde ihre finanzielle Selbstbestimmung einbüßt und von oben einen Sparkurs diktiert bekommt. Um dies zu vermeiden, will die SPD die Grundsteuer anheben, um so Rücklagen zu bilden, welche die Mehrkosten ausgleichen sollen. Problematisch ist dabei allerdings, dass man bei einem Defizit in dieser Höhe gar keine Rücklagen für Straßenbau bilden kann, da die Mehreinnahmen im Schuldenloch der Gemeinde verschwinden.

Der von der CDU geäußerte Wunsch, diese Entscheidung zu vertagen, weil der von der SPD gestellte Antrag kein sinnvolles Finanzierungskonzept enthält, wurde von SPD und Grünen abgelehnt. Stattdessen wurde der vorliegende Antrag mit eigener Mehrheit durchgedrückt und damit die Satzung außer Kraft gesetzt. Auf die darauffolgende Frage des Gemeindebürgermeisters Goedejohann, wie hoch die Grundsteuer denn in Zukunft sein solle, antwortete der Bohmter Ortsbürgermeister Rehme nach kurzem Zögern mit den Worten: "Da haben wir in den kommenden Wochen sicherlich genug Zeit, um uns das zu überlegen."

Eine ähnliche Vorgehensweise spiegelt sich bei der Trassenaufhebung der Nordumgehung wieder.

Die Motive der SPD dahinter sind leicht zu enttarnen: Der schnelle Erfolg. Einlösen von Wahlversprechen. Leute glücklich machen.

Das alles steht nun im Vordergrund und der Plan geht zunächst auch auf. Die Anwohner der geplanten Trasse der Nordumgehung und die Initiatoren des Bürgerbegehrens sind sicherlich sehr zufrieden. Verständlich. Die Mehrzahl der Bohmter jedoch wird sich über diesen Beschluss vielleicht schon in naher Zukunft mächtig ärgern.

Man kann davon ausgehen, dass der Verkehr und vor allem auch der Schwerlastverkehr in Bohmte steigen wird. Schon allein der Bohmter Hafen, im Übrigen eine der wenigen einstimmig getroffenen Entscheidungen des Abends, wird das seinige dazu beitragen. Eine Entlastungsstraße wird es dann nicht geben, stattdessen will die SPD Fraktion ein mögliches Verkehrsproblem innerörtlich lösen, indem man die LKWs aus Wehrendorf kommend über die B51 und die Mittelanbindung durch Shared Space Richtung Levern schickt. Dafür sind die entsprechenden Straßen aber nicht nur zu schmal, auch der Effekt, der sich damit ergeben soll, offenbart sich wohl nur sehr kreativen Köpfen.

Aber das ist ein Problem der Zukunft. Jetzt sind erst mal alle glücklich und damit auch die SPD.

Ob die SPD mit ihrem Vorgehen mit Vollgas gegen die Wand rennt oder sie durchbrechen kann, wird die Zukunft zeigen. Sich für durchdachte Wege zu entscheiden, würde mit Sicherheit jede Menge Kopfschmerzen ersparen.

Erschienen am 18. Januar 2012 im ELK - Blatt

Eine sichere Bank...

... hält, was sie verspricht. Auch in stürmischen Zeiten.

Wallenhorst. Eine ebensolche sichere Bank, wie sie ein regionales Kreditinstitut auf einem ihrer Werbeplakate beschreibt, hätte sich in den letzten Wochen womöglich so manche Nutzerin und so mancher Nutzer des ÖPNV-Angebots an der Haltestelle „Frankensteiner Straße“ in Hollage sehr gewünscht. Leider hat sich dieser Spruch nämlich alles andere als bewahrheitet. War das Wartehäuschen, bzw. der im Bild zu sehende Plakatträger mit Sitzmöglichkeit, im Zuge der Haltestellensanierung vor gut eineinhalb Jahren bereits nicht berücksichtigt und so weder saniert noch erneuert worden, fiel es vor gut sechs bis acht Wochen einer Vandalismus-Tat zum Opfer. Die Junge Union Wallenhorst verurteilt solche Taten auf das schärfste und sagt klar, dass Vandalismus zu keinem Zeitpunkt toleriert oder geduldet werden sollte.

Doch leider folgte der Zerstörung keine zügige Reparatur oder Wiederinstandsetzung der Sitzgelegenheit. Zunächst dauerte es gut drei bis vier Wochen, bis die gewalttätig zerstörten Holzbalken, die zwischenzeitlich eine enorme Gefahr darstellten, entfernt wurden. Und dann der Schock; es folgte, nicht etwa – wie erwartet – eine Wiederinstandsetzung, nein, es folgte die komplette und ersatzlose Demontage der Bank.

An vielen Haltestellen in Wallenhorster ÖPNV-Gebiet stellt sich die Situation ähnlich dar. Zwar wurden großflächig erhöhte Bordsteinkanten installiert, die einen erbenerdigen Einstieg in die Niederflurbusse des Nahverkehrs ermöglichen und auch ein Großteil der Wartehäuschen wurde getauscht. Doch Graffiti und Vandalismus bleiben immer noch zu lange unerkannt und Reparaturen werden so häufig zu spät durchgeführt. Nach Erfahrungen in Großstädten ist eben diese, in Wallenhorst zu lange Zeit zwischen Tat und Reparatur, die potenzielle Täter dazu motiviert, weiter zerstörerisch aktiv zu werden.

Gleichzeitig, und das lastet an vielen Orten in Wallenhorst deutlich schwerer, ist die Verkehrssicherheit durch mangelnde Beleuchtung an vielen Bushaltestellen stark in Frage gestellt. Busfahrerinnen und Busfahrer müssen sich vor allem bei winterlichen oder nächtlichen Witterungsumständen immer wieder mit Fernlicht vergewissern, ob potenzielle Fahrgäste zusteigen möchten. Wie häufig hier schon jemand bei den Wintertemperaturen stehen geblieben sein mag? Gleichzeitig wird auch ein Lesen des Fahrplans während des Warteaufenthalts stark erschwert oder schier unmöglich. Auch das „moderne digitale Fahrgastinformationssystem“ an der Haltestelle „Hollage Zentrum“, das vor geraumer Zeit noch als deutliche technische Neuerung gelobt und gepriesen wurde, zeigt ernüchternder Weise rein grundsätzlich keine Uhrzeit, sondern nur dem aushängend Fahrplan an. Und das auch zu häufig auch noch falsch. Echtzeitdaten aus dem Busverkehr, wie sie in Osnabrück verfügbar sind, sucht der Fahrgast hier vergeblich. Lassen all diese Misstände etwa einen tiefen Einblick in die Arbeit des gegenwärtigen politischen Dreigestirns in Wallenhorst zu? Wo ist sie hin, die große und entschlossene Einigkeit über die überraschend ähnlichen politischen Ziele für Wallenhorst, die einen Ausbau des Nahverkehrsangebots, eine Verbesserung der Verkehrssicherheit und ein Ausbau der Radwegenetz im Sinne des Umweltschutzes versprochen. Die Junge Union sieht hier weiterhin dringenden Handlungsbedarf. Natürlich darf auch die Verwaltung das Ruder in die Hand nehmen, Hauptsache es wird überhaupt gehandelt.

Hoffen wir, dass nicht die banale und reine Überforderung Vater und Ursprung dieser Tatenlosigkeit ist. Schließlich gibt es in Wallenhorst im Augenblick deutlich mehr zu regieren und zu entscheiden, als nur eine neue Zentrumsbebauung.

Erschienen am 25. Januar 2012 im Bürger Echo

Verhältnisse wie früher

Wallenhorst. **Schlaglöcher, schlechte Markierungen und sanierungsbedürftig** – Wer bei diesen Schlagwörtern direkt an die Hollager Straße im Ortsteil Hollage aus der Zeit vor dem Herbst 2011 denkt, liegt in diesem Fall daneben. Denn gemeint sind unsere Fahrradwege, die teilweise leider genauso der Sanierung bedürfen wie der eben erwähnte Straßenabschnitt. Besonders deutlich wird dies am Fürstenaauer Weg. Dort reiht sich ein Schlagloch an das Nächste, bei Nässe sollte der Radfahrer an dieser Stelle auf seine beste Hose verzichten. Zudem sind Markierungen nur noch mit Mühe zu erkennen wenn sie überhaupt noch existieren. An der Ecke Penter Straße endet der Radweg einfach, ohne Vorwarnung, der Radweg hört hier einfach mal auf. Die Junge Union hat sich die Stelle vor Ort angeschaut, nachdem Schüler an sie herangetreten sind. Wir sehen hier eindeutigen Handlungsbedarf!

Eine weitere Anregung in diesem Bereich ist der Wunsch nach einem Radweg nach Halen, der das Erreichen der Nord-West-Bahn ermöglicht. „Für uns wäre das super, wir wären in 10 Minuten am Bahnhof und könnten gleich den Zug bekommen, momentan müssen wir erst eine ½ Stunde bis nach Osnabrück fahren und dann in den Zug“, so ein Student, der an der Hochschule in Vechta studiert. Dieser Wunsch besteht auch auf Seiten der Bürger und Politiker in Lotte. Hier wird sich bereits seitens der Verwaltung intensiv für diesen Fahrradweg eingesetzt.

Das sollte auch die Wallenhorster Verwaltung nicht verpassen, denn schließlich wollen auch Bürger aus Halen und Wersen nach Wallenhorst und die Einkaufsmöglichkeiten in Hollage nutzen. „Nur so kann Wirtschaft und Infrastruktur vor Ort gestärkt werden“, so Barbara Bender, Vorsitzende der Jungen Union in Wallenhorst. Die Mitglieder der JU werden die Bürger in Ihren Vorhaben unterstützen.

Erschienen am 25. Januar 2012 im Bürger Echo